

# Wolfswille

Anzeigenpreis: 1/4 Seite 3,75, 1/2 Seite 7,50, 3/4 Seite 11,25, 1 Seite 15, —, 1/2 Seite 30, —, 1/4 Seite 60, —, 1/2 Seite 120, —, 1 ganze Seite 240, —. Familienanzeigen und Stellengebote 20% Rabatt. Anzeigen unter Text die 3 gepaltene mm Zeile 0,60 Zl. von auherhalb 0,80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 9. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteur.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto P. R. D., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

## Sejm und Senat aufgelöst!

Neuwahlen am 16. bezw. 23. November — Verfassungsänderung als Ziel im Wahlkampfe — Die Botschaft des Staatspräsidenten — Entziehung der Freibilletts den Sejmabgeordneten — Aufnahme der Botschaft in den Sejmkreisen

Warschau. Am Sonnabend um 10,15 Uhr vormittags, überreichte der Sekretär des Ministerpräsidenten, Szczeniowski, in der Sejm- und Senatskanzlei eine Botschaft des Staatspräsidenten, folgenden Inhalts:

„Nach reiflicher Ueberlegung, habe ich festgestellt, daß die wichtigste Aufgabe aller Staatsbürger für eine harmonische Zusammenarbeit, die Verbesserung der Grundgesetze des Staates ist, weil sie die Grundlage für alle im Staate bestehenden Gesetze bilden. Die Verbesserung ist notwendig, weil man bis jetzt leider das Rechtschaos in der Republik nicht vermeiden konnte.

Nachdem ich mich überzeugt habe, daß trotz meiner Bemühungen die Verbesserung des Grundgesetzes mit dem bestehenden Sejm und Senat nicht möglich war, habe ich mich entschlossen, auf Grund des Artikels 26, Absatz 2 und 3 des Verfassungsgesetzes auf Antrag des Ministerrates den Sejm und Senat mit dem 30. August aufzulösen.

Den Wahltermin für die Sejmwahlen setze ich für den 16. November und den Wahltermin für den Senat auf den 23. November 1930 fest.

Unterschieden: Staatspräsident: Ignacy Moscicki, Präses des Ministerrates: Josef Pilsudski.

Die Botschaft des Staatspräsidenten wurde mit einem Begleitschreiben des Ministerpräsidenten, das vom Minister Beck gezeichnet war, dem Senatssekretär Dwornicki und dem Vizepräsidenten des Sejms Karczewski behändigt. Die Botschaft erreichte die Senats- bezw. die Sejmkanzlei um 10,15 Uhr vormittags. In den politischen Kreisen hat man vor dieser Zeit über die Auflösung des Sejms und Senats nichts gewußt. Hingegen hat man bereits um 8 Uhr früh in den Provinzstädten, insbesondere auf der Bahn und den Polizeistationen gewußt, daß der Sejm aufgelöst wurde, denn die Kondukteure haben die Gültigkeit der Abgeordneten ausweise nur bis 8 Uhr früh anerkannt und die Polizei sollte sich nach 8 Uhr an Abgeordnete, die irgendein Vergehen begangen, herangemacht haben.

### Aufnahme der Botschaft in den Abgeordnetekreisen

Warschau. Als die Botschaft des Staatspräsidenten in der Sejm- und Senatskanzlei eingereicht wurde, waren nur wenige Sejmabgeordnete im Sejmgebäude anwesend. Bald aber drang die Kunde von der Auflösung zu den in Warschau weilenden Sejmabgeordneten und Senatoren, die am 1. die Diäten abholen wollten. Schon eine Stunde später sind viele Sejmabgeordnete im Sejmgebäude erschienen. In allen Abgeordnetekreisen, sowohl bei der Opposition als auch im B-Blok, wurde die Botschaft des Staatspräsidenten mit einer Befriedigung aufgenommen. Der Wyzwolenieklub nahm als erster Stellung zu der Botschaft, der in einem besonderen Beschlusse mit großer Befriedigung den Entschlus des Staatspräsidenten, der die Entscheidung in die Hände des Volkes legt, zur Kenntnis nahm. Als zweiter Klub, nahm auch die polnische Rechte zu der Botschaft Stellung. Der Beschluß der polnischen Rechten lautet: „Die Nationale Partei, hat schon lange anerkannt, daß in der gegenwärtigen Situation nur die Sejmauflösung und Ausschreibung von Wahlen erfolgen sollte. Die Verfassungsgrundlage, auf welche sich die Botschaft des Staatspräsidenten beruft, kann nicht als das einzige Ziel bei den Wahlen gelten, die immer den Ausgangspunkt für die Zukunft und auch die Würdigung der Vergangenheit darstellen.“ Bei der Zentralinlen ist man der Ansicht, daß endlich ein Ausweg aus der verworrenen Situation gefunden wurde. Man ist hier überzeugt, daß die Sejmwahlen den Beweis erbringen werden, daß das heutige Regierungssystem keine Wurzel im Volke gefaßt hat.

### Verhaftung von polnischen Senatoren und Abgeordneten

Warschau. Die Polizei hat mehrere Senatoren und Sejmabgeordnete verhaftet, nachdem ihre Abgeordnetenimmunität erloschen ist. Meist handelt es sich um Parlamentarier der weiß-russischen Minderheit.



### Auflösung des polnischen Parlaments

Der polnische Staatspräsident Moscicki, der am 30. August Sejm und Senat aufgelöst hat — mit der Begründung, daß es ihm nicht gelungen sei, mit dem bisherigen Sejm die Verbesserung der grundlegenden Rechte durchzuführen, die die wichtigste Aufgabe des Parlaments sei.

### Das Befinden des Bizemarschalls Dombzki ernst

Warschau. Der Gesundheitszustand des am Freitag von Soldaten überfallenen Bizemarschalls Dombzki ist sehr ernst. Auch der Sejmarschall Duginski wurde am Sonnabend mehrfach telephonisch angerufen und bedroht. Die Militärbehörden haben eine Untersuchung gegen die Täter eingeleitet, die Dombzki überfallen haben.

### Massenverhaftungen von Ukrainern in Galizien

Warschau. Von den polnischen Behörden sind unter Leitung des Unterstaatssekretärs im Innenministerium umfassende Maßnahmen gegen die unfrüherliche Bewegung der national-ukrainischen Verbände eingeleitet worden. In der Wojewodschaft Lemberg und anderen Bezirken sind bereits Massenverhaftungen vorgenommen worden.

### Deutschfeindliche Kundgebung in Warschau

Warschau. Am Sonntag fanden in Warschau große deutschfeindliche Kundgebungen statt, in denen gegen die Revision der polnischen Grenze protestiert wurde. Auf dem Theaterplatz hatte sich eine mehrtausendköpfige Menge eingefunden, zu der mehrere Redner, darunter General Gorecki, sprachen. Durch Rufe wie „Nieder mit Deutschland“ und „Fort mit den Preußen“ wurde die Menge aufgehetzt. Es bildete sich ein Demonstrationzug, der versuchte, vor das Gebäude der deutschen Botschaft zu ziehen. Starke Polizeiaufgebote gelang es jedoch, den Zugang abzusperren.

### Geheimrat Professor Dr. Eduard Meyer gestorben

Berlin. Der bekannte Geschichtsforscher Geheimrat Professor Dr. Eduard Meyer ist nach kurzer Krankheit am Sonntag morgen gegen 9 Uhr an Herzmuskelchwäche plötzlich gestorben.

Professor Meyer wurde am 25. Januar 1855 in Harburg als Sohn eines Gymnasiallehrers geboren. Er studierte Geschichte in Bonn und Leipzig und ließ sich dann 1879 als Privatdozent für alte Geschichte an der Universität Leipzig nieder, wo er 1884 außerordentlicher Professor wurde. 1885 folgte er einem Rufe als ordentlicher Professor nach Breslau, 1889 ging er nach Halle und seit 1902 lehrte er in Berlin. Bei der ersten Rektorenwahl nach der Revolution wurde Professor Meyer 1919 zum Rektor gewählt und hatte als solcher Gelegenheit, die Berliner Universität in stürmischer Zeit erfolgreich zu vertreten. Seit 1923 ist er auf Grund gesetzlicher Bestimmung als Professor emeritiert, doch war der Andrang zu seinen Vorlesungen auch weiterhin sehr stark.

### Die Würfel rollen

In allen politischen Kreisen, nicht nur in der polnischen Hauptstadt, aber weit in der entlegenen Provinz, wurde die Nachricht von der Auflösung des Sejms und des Senats mit großer Genugtuung aufgenommen. Endlich eine Klärung der politischen Lage im Staate. Das ewige Rätselraten, was der morgige Tag bringen kann und bringen wird und die nervenaufreibende Erwartung sind vorüber. Jetzt wissen wir wenigstens woran wir sind und was wir in der nächsten Zeit zu erwarten haben. Das Volk wird entscheiden und davon hängt alles ab, vor allem die Zukunft des polnischen Staates und seiner Rechtsordnung. Wir sind uns dessen bewußt, daß dem Marschall Pilsudski und der Sanacja diese Entscheidung nicht leicht gefallen ist, denn die Würfel, die da eben rollen, können sehr leicht das Sanacjaregime den Kopf kosten. Alles hängt von der politischen Reife des Wählers im Staate ab. Wird die Entscheidung am 16. November, an dem Wahltag, so fallen, wie das die gesamte Oppositionspresse wünscht, wie sie das prophezeit, dann gehört das Sanacjaregime der Geschichte an. Nach einem überwältigenden Sieg der Opposition, wird selbst der Marschall Pilsudski sich dem Willen des Volkes nicht widersetzen wollen und nicht widerlegen können. Obwohl der Marschall die Verfassung mit „Prostituta“ verglich und den Sejm als „Sejmthal“ bezeichnete, hat er doch die beiden gesetzgebenden Körperschaften, den Sejm und den Senat, im Sinne der Verfassung aufgelöst und verfassungsmäßig die Wahlen ausgeschrieben. Dieser Umstand allein beweist am besten, daß der höchste Machthaber in Polen sich an die Verfassung hält und mit ihr rechnet. Marschall Pilsudski regiert die Verfassung, spricht über sie abfällig, nennt sie „unflätig“ und will sie abändern, lehnt sie aber über die Köpfe der Allgemeinheit vorläufig noch nicht ab.

In dem Auflösungsdekret des Staatspräsidenten befindet sich folgender Passus: „Nach reiflicher Ueberlegung habe ich festgestellt, daß die wichtigste Aufgabe aller Bürger für eine harmonische Zusammenarbeit die Verbesserung der Grundgesetze des Staates ist, weil sie die Grundlage für alle im Staate bestehenden Gesetze bilden. Die Verbesserung ist notwendig, weil man bis jetzt leider das Rechtschaos in der Republik nicht vermeiden konnte.“ Dieser Passus ist tiefgründig und kann verschieden gedeutet werden. Es gibt Kreise in Polen, die da hoffen, daß noch im letzten Moment eine Verfassungsänderung zu erwarten sei und eine neue Wahlordnung dem Volke aufzotroiiert wird, auf Grund welcher die Sejmwahlen am 16. November stattfinden werden. Sie hoffen es, weil sie wissen, daß sie auf Grund der bisherigen Wahlordnung nicht viel zu erwarten haben und auf die Gnade anderer angewiesen sind, wenn sie überhaupt eine Vertretung im Sejm erlangen wollen.

Die beiden Sätze in dem Auflösungsdekret des Staatspräsidenten haben mit der Aufzotroiiierung der Verfassung und der Wahlordnung nichts zu tun. Vor allererst ist dazu die Zeit viel zu kurz und schließlich hätte das auch keinen Sinn. Wollte Pilsudski die Verfassung und die Wahlordnung abändern, so hätte er das schon vor dem Auflösungsdekret getan. Vor der Hand hätte ihn niemand daran hindern können. Was anderes ist hier ausschlaggebend: Der Wahlkampf wird unter dem Gesichtspunkte der Verfassungsänderung geführt. Das Auflösungsdekret des Staatspräsidenten weist als Wahlziel die Verfassungsänderung. Die Sanacja wird den Wahlkampf unter diesem Gesichtspunkte führen. Sie wird die Wähler überzeugen wollen, daß an der verworrenen Rechtslage im Staate, die auf dem Knie gemachte Verfassung schuld ist. Sie wird die Wähler zur Abänderung der Verfassung anrufen. Man muß gestehen, daß der politische Schachzug der Sanacja nicht ungeschickt war, und daß der Wahlkampf von der Sanacja bis in alle Einzelheiten vorbereitet wurde. Eine Verfassungsänderung vor den Wahlen, hätte die Sanacja ins schiefe Licht gerückt und der Opposition gewaltiges Material in die Hände geliefert. Der Wahlkampf würde dann unter dem Gesichtswinkel: hier Diktatur und hier Demokratie und Freiheit geführt! Die Opposition hätte in diesem Falle ein leichtes Spiel gehabt.

Wenn man auch in den Sanacjakreisen nicht abgeneigt ist, die Verfassung im Verordnungswege abzuändern, so wäre doch politisch unklug gewesen, ohne einer vorherigen KRAFTPROBE die Abänderung zu

# Deutsche Sozialdemokratie im Wahlkampfe



Hermann Müller



Otto Wels



Artur Crispian

wagen. Letzten Endes hätte das einen Bürgerkrieg heraufbeschwören können, dessen Folgen sich nicht übersehen lassen. Die Sanacja gedenkt, sich mit dem Gegner in einem Wahlkampfe zu messen und sie hat nichts unversucht gelassen, um den Gegner zu schwächen, ihm die Trümpele in der Hand zu reihen. Gewiß haben wir eine verschleierte Diktatur in Polen, woran selbst die Ausschreibung der Sejm- und Senatswahlen nichts ändern wird. Gewiß muß man darauf gefaßt sein, daß, falls die Sanacja bei den Wahlen halbwegs abscheidet, jedoch keine Mehrheit erobert, selbst mit einer zweiten Sejmauflösung und Verfassungsänderung gerechnet werden muß. Das sind jedoch nur Vermutungen und mit Vermutungen läßt sich schwer ein Wahlkampf führen und noch schwerer eine Wahlschlacht gewinnen.

Die Situation durch und nach der Sejmauflösung, hat sich zweifellos zuungunsten für die Opposition gewendet. Die Sanacja hat einen fertigen Plan für den Wahlkampf liegen. Sie hat vorhin die Stimmung im Lande genau geprüft, hat im Wahlkampfe erprobte Männer an die richtige Stelle gesetzt. Oberst Slawek hat seinen Ministerposten niedergelegt und wird den Wahlkampf leiten. Theoretisch wenigstens besteht keine Diktatur und die Verfassung wurde auch nicht angetastet. Die Ueberrumpfung der Opposition muß als gelungen angesehen werden. Sie hat auch in ihrer Taktik eine Veränderung vollziehen müssen. Bis jetzt wurde die Sejmession oder Auflösung des Sejms verlangt. Beide dieser Forderungen bildeten die stärksten Trümpele in der Hand der Opposition. Sie sind hinfällig. Gewiß bleiben der Opposition noch sehr viele Trümpele übrig, vor allem die Wirtschaftskrise, die Steuer-schraube u. a., aber diese Erscheinungen waren auch schon vor dem Maiumsturz da.

Jedenfalls müssen wir uns auf einen schweren Wahlkampf vorbereiten. Daß die Sanacja alles in die Waagschale wirft, um die Wahlschlacht zu gewinnen, braucht wohl keiner weiteren Begründung. Derselbe Innenminister, der den Wahlkampf 1928 führte, ist gegenwärtig wieder da, desgleichen derselbe Justizminister. Es hat auch den Anschein, daß die alten Kampfmethoden wieder angewendet werden. Einen Tag vor der Sejmauflösung wurden zwei oppositionelle Sejmabgeordnete, darunter der Wigamarschall Dabski von Militärpersonen überfallen und schwer mißhandelt. Wir sozialistischen Arbeiter werden den Wahlkampf trotz alledem aufnehmen und ihn reiflos durchführen. Vieles steht auf dem Spiel, denn es gilt die Demokratie in Polen aufzurichten. Die Wurzeln rollen und es ist unsere heilige Pflicht dafür zu sorgen, daß die Entscheidung nicht gegen uns, sondern für das Volk und für die Demokratie fällt! Auf in den Wahlkampf!

## Vor einer Revolution in Brasilien?

London. Die Lage in Buenos Aires hat sich so verschärft, daß nunmehr allgemein mit einem Umsturzversuch innerhalb der nächsten 24 Stunden gerechnet wird. Die Anhänger des Präsidenten Irigoyen veranstalteten am Sonnabend eine große Kundgebung, auf der die Bevölkerung dringend aufgefordert wurde, sich hinter die Regierung zu stellen und alles zu tun, um die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken. Vor der Kundgebung kam es zu Unruhen, wobei ein Mann getötet und 14 verletzt wurden. Revolutionäre feuerten 25 Schuß auf eine Gruppe von Regierungsanhängern, die sich zur Massenversammlung begaben. Später zogen 4000 jugendliche Regierungsanhänger durch die Hauptstraße von Buenos Aires. Die Verhaftung mehrerer hoher Offiziere hat die Spannung in der Stadt noch erhöht.

An der Regierung sind weitere Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden. Auf den Dächern der Gebäude, die um den Präsidentenpalast herumliegen, wurden Maschinengewehre aufgestellt. Aus der Provinz sind 8 Kavallerieregimenter eingetroffen. In allen wichtigen Punkten der Stadt sind Truppen und starke Polizeibehörden aufgestellt worden, während vor dem Präsidentenpalast, dem Hauptpostamt und den wichtigsten öffentlichen Gebäuden Maschinengewehre aufgestellt wurden. Im Hafen von Buenos Aires sind drei Zerstörer eingetroffen. Die Postbehörden sind von der Regierung angewiesen worden, die für die Armee- und Flottenoffiziere bestimmten Briefschaften zurückzuhalten. Im Zollgebäude und im Hafen ist eine Abteilung Marine-soldaten stationiert worden. Zwischen den leitenden Offizieren und hohen Zivilbeamten finden ständig Besprechungen über die Lage statt.

London. Die Gerüchte über eine drohende Revolution im brasilianischen Staat Rio Grande do Sul werden vom brasilianischen Außenminister entschieden dementiert. In Presseberichten aus Uruguay war behauptet worden, daß starke Truppen in den Kasernen in Alarmbereitschaft gehalten würden.

# Reichstanzler Brüning über Deutschlands Außenpolitik

Der Wille zur Zusammenarbeit — Gesezmäßige Einstellung zur Außenpolitik — Die Reichsregierung hält an der bisherigen Außenpolitik fest

Trier. Reichstanzler Dr. Brüning sprach am Sonntag auf einer Kundgebung der Zentrumspartei in Trier. Er behandelte zuerst die vorzeitige Räumung der dritten Zone, die als ein besonderer Einschnitt in der deutschen Geschichte datierte. Nach der Räumung stehe Deutschland vor großen außenpolitischen Aufgaben. Die Wirtschaftskatastrophe, die über die Welt hereingebrochen sei, dränge zu einer Lösung. Briands Denkschrift versuche einen Weg aufzunehmen und die deutsche Reichsregierung habe den Willen zur Zusammenarbeit offen bekundet. Die Endziele der deutschen Außenpolitik müßten sich auf der heutigen Gesamtlage Deutschlands von selbst ergeben. Um diese Endziele zu erreichen, brauche man in erster Linie Stabilität und innere Folgerichtigkeit, die eine gesetzmäßige Einstellung zur Außenpolitik bringen müßten. Man dürfe sich auf keine politischen Abenteuer einlassen und von einem Streben nach Popularität dürfe keine Rede sein. Verantwortungsvolle Außenpolitik müsse man nüchtern abwägen und vorhandene Mittel einsetzen. Die Reichsregierung werde die bisherige Linie mit Festigkeit und Energie weiter beschreiten, um das Vertrauen des In- und Auslandes zu erwerben. Eine Voraussetzung sei aber, daß die inneren Verhältnisse sich beseftigen.

Dr. Brüning behandelte dann die Haltung der deutschen itonalen Volkspartei in den letzten Jahren und wies daraufhin, daß die Zentrumspartei stets ihre Bedenken gegen den Youngplan geäußert habe. In der Abwehr gegen das Vollsbegehren sei von anderen Mitgliedern des letzten Kabinetts zu viel von Vergünstigungen gesprochen worden. Die Aufnahme einer Anleihe sei gescheitert, weil die Politik der Reichsregierung von deutschnationaler Seite aus schlecht gemacht worden sei. Er wandte sich dann noch gegen den Vorschlag eines Reparationszollens auf die eingeführten Waren, denn unsere gesamte Ausfuhr müßte darunter leiden. Die heutige Wirtschaftskatastrophe sei vorausgesagt worden. Man habe leider abgewartet, statt sofort schon vor zwei Jahren gesetzgeberisch die Sanierung der Kassenlage des Reiches, die Sanierung der Gemeindefinanzen usw. durchzuführen und den Kampf gegen die Preispolitik der Kartelle aufzunehmen. Die Zentrumspartei habe stets gewarnt und entsprechende Vorschläge gemacht. Nur mit einem festgelegten durchführbaren Programm sei in Zukunft zu arbeiten. Brüning schloß mit einem Aufruf, am 14. September für die Zentrumspartei einzutreten.

# Ein neuer Paneuropa-Entwurf

Internationale Juristenvereinigung legt einen neuen Entwurf vor — Abänderung des Völkerbundesvertrages — Kontinentale und regionale Staatsgruppen — Ein Paneuroparat

Paris. Die internationale Juristenvereinigung in Paris hat im Zusammenhang mit der Paneuropadenschrift Briands durch einen besonderen Ausschuß einen Paneuropaentwurf ausarbeiten lassen, der am Sonnabend veröffentlicht worden ist. Die internationale Juristenvereinigung besteht aus 40 Mitgliedern, die Völkerbundsstaaten angehören müssen. Deutschland ist in dieser Vereinigung nicht vertreten.

Der Entwurf geht von der Voraussetzung aus, daß die augenblicklich bestehende internationale Organisation den Umwälzungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens angepaßt werden müsse. Zur Erreichung dieses Zieles hat man zwei Möglichkeiten ins Auge gefaßt: 1. den Völkerbundsvertrag dahin abzuändern, daß er sowohl auf einer kontinentalen, als auch auf einer regionalen Grundlage aufgebaut ist; 2. die Bildung einer kontinentalen und regionalen Gruppe von Ländern im Rahmen des Völkerbundes. Der Plan der Juristenvereinigung sieht die Schaffung eines Dr-

ganismus vor, der lebendiger und handlungsfähiger ist, als eine Staatenvereinigung in rein politischem Sinne, sich gegen keinen Staat und keine Staatengruppe weder innerhalb noch außerhalb des Kontinents richtet, vielmehr auf der Gleichheit aller Staaten und der Achtung ihrer Unantastbarkeit aufgebaut ist. An Einrichtungen sind vorgesehen: Die Paneuropakonferenzen, ein Paneuroparat, eine Reihe ständiger Ausschüsse und ein Sekretariat, deren Aufgaben genau umrissen werden. Zum Zwecke einer noch ergiebigeren Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ländern sollen die Mitglieder des europäischen Staatenbundes zur Schaffung regionaler Vereinigungen aufgefordert werden. Sich des Staatenbundes soll Genf sein. Der Plan der internationalen Juristenvereinigung soll in Kraft treten, wenn sich 15 Staaten zu seiner Annahme bereit erklären.

Von französischer amtlicher Seite wird darauf hingewiesen, daß dieser Entwurf der internationalen Juristenvereinigung, die ein rein privater Verband sei, keineswegs französischen Ursprungs sei und auch nicht amtlicher Initiative entspringe. Da aber die Juristenvereinigung ihren Sitz in Paris hat und stark unter französischem Einfluß steht, liegt die Vermutung sehr nahe, daß diese neue Paneuropadenschrift dem Duai d'Orsay nicht ungeliebt kommt. In gewissen Kreisen wird der Entwurf sogar als bestellte Arbeit bezeichnet.

## Die „Bratvaag“ mit Andrees Leiche in Norwegen eingetroffen

Stockholm. Das norwegische Expeditionsschiff „Bratvaag“ traf mit den Ueberresten der Andreeschen Expedition am Bord am Sonntag nachmittag in einem kleinen Hafen in der Nähe von Hammerfest ein. Nach kurzem Aufenthalt, während dessen Dr. Horn einen telegraphischen Bericht an die norwegische Eismeer-Kommission aufgab, setzte der Dampfer die Reise nach Tromsø fort, wo er gegen 24 Uhr erwartet wird.

Dr. Horn erklärte, man habe unterwegs keines der Schiffe getroffen, die von skandinavischen und ausländischen Presseunternehmern der „Bratvaag“ entgegen geschickt worden sind. Die Leichen der Schwedischen Forscher befinden sich auf dem Achterdeck. Andrees Leiche ist nicht in Verwesung übergegangen, sondern befindet sich im gleichen Zustand wie bei der Auffindung.

## Expräsident Leguia auf der Insel San Lorenzo

London. Der gestürzte Präsident von Peru, Leguia, ist auf Anordnung der gegenwärtigen Regierung zusammen mit seinem Sohn nach der Insel San Lorenzo gebracht worden. Zahlreiche Anhänger Leguias sind verhaftet worden. Andere haben in den Bootshäfen und Gesandtschaften in Lima Zuflucht gesucht. Gegen Leguia wird ein Kriegsverfahren eingeleitet werden.



## Vom indischen Kriegsschauplatz

an der Nordwestgrenze von Britisch-Indien, wo die Stadt Peshawar gegen den Angriff der Afridis, eines räuberischen Bergstammes Afghanistans, durch das Ausheben von Schützengraben und das Ziehen von Stacheldrahtverhauen (im Bilde) beschleunigt in Verteidigungszustand gesetzt werden mußte.











### Die Ueberreichung des diesjährigen Goethepreises der Stadt Frankfurt a. M.

der dem Begründer der Psychoanalyse — dem Wiener Forscher Prof. Sigmund Freud (im Ausschnitt) — zuerkannt war, fand am 28. August — dem Geburtstage Goethes — im Frankfurter Goethehaus statt.

## Der Henker geht um

Die Württembergische Staatsregierung hat den Henker wieder in Würde und Ehren eingesetzt. Die grausamen Masseninfamien sind wieder einmal auf ihre Kosten gekommen.

Der Kollege des württembergischen Scharfrichters, die in anderen deutschen Ländern beschäftigungslos sind, werden beim Lesen des Berichts über die Hinrichtung in Ravensburg für sich Frühlingstrost gemittelt haben.

Da war z. B. der Scharfrichter Schwieb, vom 9. Juni 1900 bis zum 29. Januar 1918 hat er 120 Hinrichtungen vollzogen.

Im Augenblick der Hinrichtung verhalten sich die Todeskandidaten sehr verschieden und nicht immer haben es die Henker leicht.

Ein derartiges Verhalten seitens eines Menschen, der laut Gesetz und Urteil den Tod über sich ergehen lassen muß, scheint allerdings zu den größten Seltenheiten zu gehören.

Da war z. B. der Knabenmörder Doepde (1876). Die Nachricht über die bevorstehende Hinrichtung nahm er mit höchster Aufregung entgegen; er brach beinahe zusammen.

Speise und Trank wies er beharrlich zurück und nahm nur wenige Bissen zu sich.

Eine große innere Erregung zeigte auch der Luftmörder Watt, hingerichtet im Jahre 1895 in Altona. Die Nacht vor der Hinrichtung verbrachte er dagegen äußerst ruhig; auch seine Hentersmahlzeit ließ er sich gut schmecken.

Sieben Monate später, am 21. Mai 1878 wurde mit der Guillotine der Raubmörder Adolf Gaaf hingerichtet.

Vollkommen ruhig nahm auch die Sohnesmörderin Maria Elsmann die Nachricht von der bevorstehenden Hinrichtung entgegen.

Ihre äußere Ruhe bei innerer Erregung bewahrte die Engel-machern Wiese, die 40 Jahre später, am 2. Februar 1903, guillotiniert wurde.

Große Reue zeigte der Knabenmörder Bentin (1890). Der Gedanke an den Kummer, den er den Eltern des gemordeten Knaben verursachte, beunruhigte ihn dermaßen, daß er nach den Eltern des Knaben verlangte, um sie kniefällig um Verzeihung zu bitten.

ganz gut schmecken. Auch die letzte Nacht verbrachte er ruhig. Ähnlich wie Bentin, war auch der Raubmörder Arnberger — hingerichtet 1881 — sehr um die Verzeihung der Mutter seines Opfers besorgt.

Zynisch benahm sich dagegen der Raubmörder Dauth — hingerichtet am 25. Februar 1889. Die Mitteilung von der bevorstehenden Vollstreckung der Todesstrafe nahm er kaltblütig hin.

Timm war 21 Jahre alt. Für seine Begnadigung hatte sowohl sein Verteidiger als auch eine Anzahl Hamburger Bürger die größten Bemühungen gemacht.

Wosnits dreibändiges Werk ist, wenn auch ein schauerlicher, so doch wertvoller Beitrag zur Geschichte der Todesstrafe und des Henkers.

### Theateranekdoten

Der Schauspieler und spätere Intendant Ernst von Poffart war ein besonderer Freund der weiblichen Schönheiten seines Theaters.

In seinem Direktionszimmer hing ein großer Spiegel. Eines Tages fand er daran einen Zettel, worauf die Worte standen:

„Spiegel, Spiegel an der Wand — — — wen küßte wohl heute Nacht der Intendant?“

Poffart las den anzüglichen Vers, ergriff mit wutbebenden Händen einen Stuhl — und im nächsten Augenblick ging der Spiegel in Trümmer.

Darauf begab sich der Gewaltige zur Bühne, um die Probe zu beaufsichtigen.

„Wenn auch der Spiegel in Scherben ist — — — der Herr Intendant hat doch geküßt!“

Poffart machte ein grimmiges Gesicht. — Zum Zerschlagen war nichts rechtes mehr da.

„Man soll von seinem Mitmenschen nicht immer das Schlechteste annehmen.“



### Flugzeugabsturz bei den französischen Luftmanövern

Bei den französischen Luftmanövern stürzte ein Bombenflugzeug des 22. Fliegerregiments ab, fiel auf ein glücklicherweise unbewohntes Haus und zerschellte.

